



Liebe Leserinnen und Leser,

dies war eine besondere Woche mit einem ganz besonderen Tag.

- **Der Wahl des Bundespräsidenten.**

- 9.00 Uhr findet am Mittwoch ein ökumenischer Gottesdienst in der St. Hedwigs-kathedrale mit sehr ergreifender Predigt von Prälat Dr. Bernhard Felmberg statt.
- Bustransfer zum Reichstag.
11.00 Uhr findet die erste Fraktionssitzung an diesem Tag statt, mit Zählappell durch Eintragung in Listen. Hier gibt es kaum ein Durchkommen wegen der unzähligen Kamerteams.
Der Fraktionssaal ist komplett anders bestuhlt, da die doppelte Anzahl an Personen Platz finden muss. Für die Hälfte unter uns, die sich zum ersten Mal in den Räumlichkeiten aufhalten, ist die Orientierung ziemlich schwierig.
- 12.00 Uhr. Beginn der Bundesversammlung im Plenarsaal im Reichstag.
- Rede des Bundestagspräsidenten Lammert und Beschluss über die Verfassung der Bundesversammlung.
- Erster Wahlgang. Wie jeder andere gehe ich nach dem namentlichen Aufruf in alphabetischer Reihenfolge mit meiner Stimmkarte in den Vorraum. Dort erhalte ich den Stimmzettel mit Umschlag. In der allseitig geschlossenen Wahlkabine gebe ich meine Stimme ab und kehre in den Plenarsaal zurück, wo ich den Umschlag in eine Urne werfen und die Stimmkarte abgeben muss.
Es dauert ca. 2 Stunden und 15 Minuten, bis alle 1242 Abgeordneten gewählt haben.
Ergebnis: 600 Stimmen für Wulff, 499 für Gauck, 126 für Jochimsen und 3 für Rennicke.

Ich hätte gerne nur einen Wahlgang gehabt. Natürlich.

Nach dem Wahlgang treffen wir uns alle zum zweiten Mal im Fraktionssaal. Wieder tragen wir uns in die Anwesenheitslisten ein. Es ist sehr warm und stickig.

Die wenigen Reden sind ganz ruhig. Wiederholt fällt der Hinweis, jeder sei frei in seiner Entscheidung, aber man möge bedenken, was die eigene Entscheidung für das Ganze bedeute.

15.00 Uhr. Wir gehen wieder alle zurück in den Plenarsaal. Der zweite Wahlgang findet nach gleichem Prozedere statt. Wieder warten wir etwa 2 Stunden und 25 Minuten auf das Ergebnis: Wulf 615, Gauck 490, Jochimsen 123, Rennicke 3.

Irritation und auch Ärger bei mir. Ich will nicht akzeptieren, dass Kollegen die Wahl des Bundespräsidenten zur Abrechnung mit wem oder was auch immer benutzen. Für mich ist das der denkbar schlechteste Zeitpunkt.

- Dritte Fraktionssitzung an diesem Tag. Wir sind allmählich alle durstig und hungrig. Die Wahlleute, die keine Abgeordneten sind, stornieren ihre Flüge, versuchen umzubuchen oder Hotelbetten zu bekommen, sagen Termine für den folgenden Tag zu Haus ab. Wir müssen alle bis zum endgültigen Ergebnis bleiben, da es z.B. bei Stimmgleichheit zu einem vierten Wahlgang kommen könnte.

Mechthild Heil MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon (030) 227 77 040

Telefax (030) 227 76 423

Em@il mechthild.heil@bundestag.de

www.mechthild-heil.de

Wulff nimmt an der Sitzung teil. Er wird mit viel Beifall begrüßt. In der Fraktion äußern sich nun einige Mitglieder mehr. Es wird stärker an unsere Solidarität appelliert. Für mich eine Selbstverständlichkeit.

Ich bin nachdenklich:

Wie würde ich im eigenen Verband mit einer solchen Situation umgehen? Was könnte ich tun, um zu überzeugen? Aber wen? Niemand weiß, wer nicht mitstimmt. Mit welchen Worten kann man jemanden überzeugen, der schon zweimal nein gesagt hat? Können ein paar Wenige so Viele am Nasenring durch den Saal führen, obwohl wir doch nur gemeinsam stark sind? Erzwingen kann man kein Ergebnis.

Wir werden von Kameras belagert. Viele Kollegen geben Interviews. Die ersten sms voller Unverständnis aus dem Wahlkreis haben mich längst erreicht. Einige aus dem Wahlkreis haben mir Herrn Gauck ans Herz gelegt. Jetzt höre ich nichts mehr von ihnen.

Es ist paradox.

Die Presse wollte eine freie Entscheidung der Wähler. Jetzt entscheiden sich die Wähler parteiunabhängig und die Presse spricht vom Versagen Frau Merkels.

- Wir verlassen die Fraktion, aber alle anderen beraten noch. Die Linken sitzen mit der SPD und den Grünen zusammen. Es wird vermutet, dass ein neuer Kandidat ins Rennen geschickt wird. 18.45 Uhr soll es weiter gehen. Nein, die Opposition einigt sich nicht. Es gibt wüste öffentliche Beschimpfungen unter den Linken und eine weitere Verschiebung auf 19.30 Uhr.

Seltsam.

Vier Wochen werden der CDU/CSU und FDP parteitaktisches Kalkül bei der Nominierung Wulffs vorgeworfen. Jetzt dreht sich bei SPD und Grünen alles darum, der Regierung zu schaden und eine erste Zusammenarbeit mit der Linken zu bekommen. Aber die Linke ist zerstritten und kann sich nicht auf Gauck einigen.

- 19.30 Uhr zurück im Plenarsaal wählen wir nach gleichem Modus zum dritten Mal. Und zu unserer Freude gibt der Bundestagspräsident das Buffet, das eigentlich nach Verkündung des Wahlergebnisses stattfinden sollte, frei. Appetit ist keiner mehr da.

- Viel früher als nötig finden wir uns wieder im Plenarsaal ein. Irgendwann heißt es, wir hätten die absolute Mehrheit der Stimmen für Wulff erreicht. Allein, uns fehlt der Glaube. Zu viele Gerüchte hat es in diesen Tagen schon gegeben. Aber es stimmt. Die Presse weiß mehr als wir. Als das Ergebnis nach 21 Uhr verkündet wird, bricht tosender Applaus los.

Ich bin erleichtert und stehe damit alleine da.

Die absolute Mehrheit der Stimmen!

Wir haben es aus eigener Kraft geschafft.

Christian Wulff hat in der Zwischenzeit sein Mandat als Ministerpräsident zurückgegeben, so dass er die Wahl annehmen konnte. Seine erste Rede folgt.

- Beim Singen der Nationalhymne, die nur von einigen Linken nicht mitgesungen wurde, wurde mir nochmals bewusst, was das für ein außergewöhnlicher Tag war. Ich hätte nie gedacht, einmal einen Bundespräsidenten mit wählen zu dürfen. Ich bin dankbar für die Chance und auch, dass ich politisch für mein Land arbeiten darf.

Ihre

H. Heie



(Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung)

Bundespräsident Christian Wulff bei seiner Antrittsrede

G-20-Gipfel – Industrieländer wollen Defizite halbieren

Am vergangenen Wochenende haben sich die G-20-Staaten in Toronto zu einer umfassenden Konsolidierung ihrer Haushalte verpflichtet: Die entwickelten Industrieländer sollen bis zum Jahr 2013 ihre Defizite halbieren und bis zum Jahr 2016 mit dem Schuldenabbau beginnen. Dieses Verhandlungsergebnis ist gerade mit Blick auf die überaus kontroverse Diskussion im Vorfeld des Gipfels auch ein ganz persönlicher Erfolg unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Leider ist es den europäischen Gipfelteilnehmern nicht gelungen, beim Thema Finanzmarktsteuer eine Einigung auf der Ebene der G 20 zu erreichen. Obwohl Deutschland nichts unversucht gelassen und hartnäckig für eine Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise geworben hat, war es nicht möglich, sich auf entsprechende Maßnahmen zu verständigen. Weder konnte man sich in Toronto auf die globale Einführung einer Finanztransaktionssteuer noch auf eine Bankenabgabe einigen. Europa muss nun alleine voranschreiten und sich einen Ordnungsrahmen geben, der die Banken in die Verantwortung nimmt. Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang schon Ende März Eckpunkte für eine Bankenabgabe beschlossen.

Ländervergleich: Bildungspolitik der Unionsländer ist „sehr gut“

Erfreut haben wir in der vergangenen Woche die Resultate des ersten Ländervergleichs zur Überprüfung der Schülerleistungen der neunten Jahrgangsstufe in den Fächern Deutsch, Englisch und Französisch zur Kenntnis genommen: Abermals belegen Bayern und Baden-Württemberg in allen, Hessen und Sachsen in vielen Kompetenzbereichen Spitzenplätze, während Berlin, Bremen und Brandenburg durchweg miserabel abschneiden. Oftmals beträgt der Rückstand von Schülern aus Berlin, Bremen und Brandenburg auf Schüler aus Bayern und Baden-Württemberg mehr als ein ganzes Schuljahr. Besonders stolz macht uns, dass in den Unionsländern auch Kinder mit Migrationshintergrund die besten Resultate erzielt haben.

Der Ländervergleich macht einmal mehr deutlich: Mit einer Bildungspolitik, die auf Leistung und Differenzierung setzt, hat die Union das richtige Konzept, um allen Kindern eine Chance auf Teilhabe zu geben. Bildung ist der Schlüssel für Arbeit, Einkommenssicherung und sozialen Aufstieg. Sie ist Sozialpolitik im besten Sinne! Dagegen sind die auf linker Seite geführten Diskussionen über eine Einheitsschule ideologische Grabenkämpfe, die den Schülerinnen und Schülern nicht helfen. Die Eltern in Nordrhein-Westfalen können nur hoffen, dass eine von der Linkspartei tolerierte rot-grüne Minderheitsregierung nicht lange genug im Amt bleibt, um im bevölkerungsreichsten Bundesland mit der Einheitsschule eine Schulform einzuführen, die in anderen Ländern bereits gescheitert ist.

SPD-Wahlbetrug

Nach Andrea Ypsilanti in Hessen demonstriert nun auch Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen, wie glaubwürdig sozialdemokratische Wahlversprechen sind: Unter Bruch aller vor der Wahl abgegebenen Beteuerungen wollen die Sozialdemokraten in NRW eine Minderheitsregierung bilden, die sich im Landtag auf die Linkspartei stützen muss. In puncto Wahlbetrug stehen auch die Grünen den Sozialdemokraten in nichts nach. Obwohl ein Parteitag vor der Landtagswahl eine Minderheitsregierung noch kategorisch ausgeschlossen hatte, drängen die Grünen nun auf den raschen Abschluss eines solchen Bündnisses.

Um eine stabile Regierung zu bilden, ist die CDU in NRW den Sozialdemokraten in den Sondierungsgesprächen weit entgegengekommen – Frau Kraft macht sich jedoch lieber von den Wünschen einer extremistischen Partei abhängig, die nun im Landtag alles fordern kann und zu nichts verpflichtet ist. Damit stellt die Landesvorsitzende der Sozialdemokraten aus purer Machtversessenheit ihre persönlichen Interessen über die der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen.

Diese Woche im Parlament

In zweiter und dritter Lesung steht **das Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte** zur Verabschiedung an, welches ungedeckte Leerverkäufe von deutschen Aktien, ungedeckte Leerverkäufe von Staatsschuldtiteln der Eurozone und Kreditderivate (CDS) auf Staatsschuldtitel der Eurozone, die keinen Absicherungszwecken dienen, verbietet. Zudem werden Ermächtigungsgrundlagen geschaffen, durch die das Bundesministerium der Finanzen (BMF) und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) weitere Geschäfte durch Rechtsverordnung – in Krisensituationen auch per zeitlich befristeter Anordnung – verbieten können. Außerdem ist die Einführung eines zweistufigen Transparenzsystems für Netto-Leerverkaufspositionen vorgesehen.

In erster Lesung beraten wir das **Jahressteuergesetz 2010**, mit dem Maßnahmen umgesetzt werden, die sich im Laufe eines Jahres aus Gerichtsurteilen, EU-rechtlichen Vorgaben und Anregungen von Verwaltung und Verbänden ergeben haben. Unter den rund 180 Regelungen sind zahlreiche „technische“ Änderungen, aber auch politisch bedeutsame Maßnahmen wie z.B. die Konkretisierungen im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen (§ 35a EStG), die regelmäßige Befreiung von der Steuererklärungspflicht bei ausländischen Saisonarbeitskräften in der Landwirtschaft sowie die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnern mit Ehegatten im Erbschaftsteuer-, Schenkungssteuer- und Grunderwerbsteuergesetz.

In dieser Woche berichtet der **Petitionsausschuss** über Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag – Die Tätigkeit des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages im Jahr 2009. Im Jahr 2009 sind knapp 19.000 Eingaben und Petitionen beim Deutschen Bundestag eingegangen, davon rund 6.700 auf elektronischem Wege. Einschließlich übergebener Unterschriftenlisten und elektronischer Mitzeichnungen bei öffentlichen Petitionen wandten sich 2009 knapp zwei Millionen Menschen an den Ausschuss. Auf seiner Homepage registrierten sich mehr als 500.000 Personen, um Petitionen zu unterstützen oder um Petitionen einzureichen. Mit rund 58.000 Diskussionsbeiträgen wurden 2009 mehr als doppelt so viele Beiträge verfasst wie in den drei vorangegangenen Jahren zusammen.

Wir beraten in dieser Woche die Stellungnahme des Parlamentarischen Beirats für **nachhaltige Entwicklung** – Peer Review der deutschen Nachhaltigkeit. Auf Initiative der Bundesregierung wurde im Jahr 2009 durch eine internationale Expertenkommission die deutsche Nachhaltigkeitspolitik bewertet (Peer Review). Der parlamentarische Beirat bewertet den Peer Review 2009 und befasst sich mit Stärken, Schwächen und Chancen der deutschen Nachhaltigkeitspolitik.

Das Gesetz zur **Änderung des § 33 des Gerichtsverfassungsgesetzes** ermöglicht es, Schöffen, die der deutschen Sprache nicht hinreichend mächtig sind, von der Schöffensliste zu streichen. Zugleich wird mit diesem Gesetz eine sogenannte Divergenzvorlage im Bereich der Sicherungsverwahrung eingeführt, die nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte notwendig ist, um unterschiedliche Entscheidungen für potentiell betroffene Täter zu vermeiden, Strafvollstreckungsgerichte, die eine Entscheidung über die Freilassung eines Straftäters fällen wollen, müssen vorher eine Entscheidung des großen Strafsenats des Bundesgerichtshofes herbeiführen.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP Brücken bauen – Grundlagenforschung durch Validierungsförderung der Wirtschaft nahe bringen enthält eine Aufforderung an die Bundesregierung, mit einer neuen Fördermaßnahme den in Deutschland vorhandenen Bedarf an einer Validierungsförderung zu decken. Diese zielt darauf, Forschungsergebnisse – insbesondere aus der Grundlagenforschung – einer wirtschaftlichen Verwertung zuzuführen. Die Validierungsförderung soll technologieoffen ausgestaltet werden.

Daten und Fakten

Unternehmen sind optimistisch.

Aufschwung gewinnt an Fahrt. Die deutschen Unternehmen schätzen ihre aktuelle Geschäftssituation im Juni zum vierten Mal in Folge besser ein als noch im Vormonat. Der Ifo-Geschäftsklimaindex ist damit im Juni auf 101,8 Punkte gestiegen. Nach einer neuen Prognose der Bundesbank wird die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr voraussichtlich um zwei Prozent wachsen. Aufgrund sehr guter Exportmöglichkeiten beabsichtigen unsere Unternehmen, ihre Mitarbeiterzahl nahezu unverändert beizubehalten. Die Dienstleistungsbranche plant sogar, Beschäftigung aufzubauen. Die Entwicklung des Geschäftsklimaindex und die Prognose der Bundesbank belegen eindrucksvoll, dass wir mit unseren Konjunkturprogrammen, dem Deutschlandfonds und einer soliden Finanzpolitik den richtigen Weg eingeschlagen haben.

(Quellen: Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung und Deutsche Bundesbank)

Durchschnittliche Arbeitszeit nimmt wieder zu

Im ersten Quartal 2010 hat die durchschnittliche Arbeitszeit erstmals seit Beginn der großen Rezession wieder spürbar zugenommen: In den Monaten Januar - März lag sie mit 358,5 Arbeitsstunden um 4,5 Stunden oder 1,3 Prozent höher als noch im Jahr zuvor. Seine Ursache hat dieser Anstieg insbesondere in der sinkenden Zahl der Kurzarbeiter und in einem steigenden Anfall an Überstunden. So ging die Zahl der Kurzarbeiter im Monatsdurchschnitt des ersten Quartals um rund 50.000 Personen auf 933.000 zurück, während die Zahl der wöchentlich geleisteten bezahlten Überstunden um 0,15 gegenüber dem Vorjahr stieg.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung)

Deutsche Tarifsteigerungen höher als in Frankreich

Die tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft sind im Jahr 2009 gegenüber 2008 in Deutschland durchschnittlich um 2,7 Prozent und in Frankreich um 2,2 Prozent gestiegen. Größere Unterschiede gibt es in den einzelnen Wirtschaftszweigen. So wiesen die tariflichen Monatsgehälter im Bereich „Energie-, Wasserversorgung und Entsorgungswirtschaft“ mit 3,3 Prozent die höchsten und in Frankreich mit 1,5 Prozent die niedrigsten Steigerungen auf. Auch in den Wirtschaftszweigen Verarbeitendes Gewerbe (Deutschland: + 3,0 Prozent; Frankreich: + 2,2 Prozent) sowie Verkehr und Lagerei (Deutschland: + 2,8 Prozent; Frankreich: + 2,0 Prozent) lag der Anstieg der Tarifverdienste in Deutschland über dem in Frankreich. Deutlich geringer als in Frankreich stiegen die Tarifverdienste in Deutschland nur im Gastgewerbe (Deutschland: + 1,3 Prozent; Frankreich: + 2,5 Prozent) sowie im Bereich „Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen“ (Deutschland: + 1,0 Prozent; Frankreich: + 2,5 Prozent).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)